

Beantwortung Wahlprüfsteine

Bündnis Ökolandbau Sachsen vom 9. Juli 2024

Das Bündnis Ökolandbau Sachsen vertritt mit seinen Mitgliedern die ökologische Landwirtschaft in Sachsen. Die folgenden Wahlprüfsteine befassen sich im Kern mit der ökologischen Landwirtschaft und den Entwicklungen dazu aus bereits vorherigen, der aktuellen und der zukünftigen Legislaturperiode. Die Fragen sind in unterschiedliche Themenfelder untergliedert. Jene Themenfelder werden zu Beginn jeder Frage genannt. Wir freuen uns auf zielorientierte Antworten zu den einzelnen Fragen.

1. **Perspektive und Weiterentwicklung des Ökolandbaus in SN:** Welche Maßnahmen plant die SPD für die nachhaltige Sicherung und Förderung des Ökolandbaus im Freistaat unter der Betrachtung der Bio-Strategie 2030 des Bundes? Ist die finanzielle Unterstützung seitens des Freistaates für den Ökolandbau gesichert?

Wir wollen die Transformation der Landwirtschaft vorantreiben und haben dabei besonders die Themen öffentliches Geld für öffentliche Leistungen (u.a. für den Erhalt von Ökosystemen), regionale Wertschöpfung und Smart Farming im Fokus.

Eine nachhaltige Landwirtschaft bezieht den Erhalt der Nutzbarkeit von Böden und Gewässern in die Produktion ein. Wir wollen nachhaltige Produktionsverfahren in der Landwirtschaft und der Lebensmittelherstellung befördern. Auch konventionelle Betriebe können Beiträge zu mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft leisten. Daher wollen wir neben dem Ökolandbau auch Nachhaltigkeitsgewinne in konventionellen Betrieben fördern. Wir begrüßen die Bio-Strategie 2030 des Bundes und werden auf ihre Umsetzung in Sachsen achten.

2. **Öko-Wertschöpfungsketten:** Wie plant die SPD bereits bestehende Verarbeitungsunternehmen im Freistaat dahingehend zu unterstützen, auch in die Bioverarbeitung einzusteigen? Wie wird gesichert, dass die Verarbeitung in SN bleibt und ausgebaut wird? Fördern Sie Transport von der Straße auf die Schiene?

Bereits in dieser Legislatur haben wir in der Koalition verschiedene Maßnahmen für den Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungsketten auf den Weg gebracht, bspw. die Unterstützung für neue Bio-Regio-Modellregionen, die Unterstützung der Verwendung von mehr bio-regionalen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung, die Förderung der Vernetzung der bio-regionalen Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Einrichtung einer Agentur für Agrarmarketing. Wir wollen diesen Weg weitergehen, die Agentur für Regionale Lebensmittel verstetigen sowie Stadt-Land-Partnerschaften in der regionalen Vermarktung befördern.

Sachsen ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa und selbst ein Exportland. Wichtig ist uns daher der Ausbau der Transitstrecken zwischen West- und Osteuropa. Aus Gründen der Nachhaltigkeit wollen wir mehr Güter auf die Schiene verlagern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Deutschland und Polen wollen wir über die Lausitz mit einem leistungsfähigen intermodalen Güterverkehrsnetz verbinden.

- 3. Umbau der Tierhaltung:** Wie stellt die SPD in Sachsen die Eigenversorgung mit tierischen Erzeugnissen sicher? Welche finanziellen Mittel werden vom Freistaat für den Umbau der Tierhaltung bereit gestellt? Setzt sich die SPD in Sachsen für die ökologische Schweinehaltung unter Betrachtung der ASP ein?

Die Selbstversorgung mit tierischen Produkten ist in Sachsen bei einzelnen Produkten nicht zu 100 Prozent gedeckt. Eine ausschließliche Eigenversorgung einer Region ist ökonomisch und ökologisch nicht in jedem Fall sinnvoll. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die in Sachsen ansässigen Erzeuger von tierischen Produkten unter Beachtung von sozialen und Tierwohlstandards ihre Betriebe wirtschaftlich fortführen können.

Wir sind offen für eine Tierwohlabgabe, wenn die finanziellen Details dazu geklärt werden, keine neuen bürokratischen Hürden damit verbunden sind und es sich am Ende für die Tierhalterinnen und Tierhalter lohnt. Klar ist für uns auch: Das Bundesprogramm zum Stallumbau muss auf einem auskömmlichen Niveau fortgeführt werden. Wir unterstützen die Bestrebungen des Bauernverbandes, in Sachsen einen neuen Schlachthof zu errichten, damit Tiertransporte aus Sachsen in andere Regionen vermieden werden.

Seit einer Neubewertung durch die EU ist die Freiland- und Auslaufhaltung von Schweinen in ASP-Sperrzonen grundsätzlich vertretbar, sofern eine betriebsindividuelle Risikobewertung der zuständigen Veterinärbehörde nicht dagegenspricht und wirksame Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren auf dem Betrieb umgesetzt werden.

- 4. Nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsgastronomie:** Welche Maßnahmen sind von der SPD geplant, um den Bio-Anteil in der Außer-Haus-Verpflegung nachhaltig zu steigern? Werden Sie sich für einen Bio-Mindestanteil in den öffentlichen Kantinen des Freistaates Sachsen stark machen?

Wir wollen die Nutzung regionaler Produkte für die Außerhaus- und Gemeinschaftsverpflegung mit geeigneten Regelungen fördern. Im Zuge dessen kann auch der Bio-Anteil steigen. Wir werden die Wirkungen der vom Bund initiierten Maßnahmen wie bspw. die Bio-Außer-Haus-Verpflegung-Verordnung (Bio-AHV) überprüfen und im Bedarfsfall eigene sächsische Initiativen ergreifen.

5. **Agrarstrukturgesetz:** Werden sie das AS weiterhin unterstützen und in den neuen Koalitionsvertrag aufnehmen? Wird der aktuelle Entwurf weiter genutzt oder wird ein neuer Beteiligungsprozess gestartet? Welche Maßnahmen haben sie zur Einhaltung des Ausverkaufes des Bodens und des Flächenfraßes in SN?

Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass Agrarland bezahlbar bleibt, und fordern eine Agrarpreisbremse auf Landesebene. Damit soll im Freistaat Sachsen die vielfältige Agrarstruktur erhalten und entwickelt, der Zugang zu Agrarflächen für ortsansässige Landwirtinnen und Landwirte erleichtert, der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren erschwert und der Zugriff auf landwirtschaftliche Nutzflächen durch Großinvestoren begrenzt werden. Ob der in dieser Legislatur nicht beschlossene Entwurf als Grundlage dienen kann, wird sich im Lichte der nächsten Regierungskoalition zeigen; die SPD wird sich dafür einsetzen, sinnvolle Regelungen daraus zu übernehmen. Eine weitere mögliche Maßnahme ist, die Inanspruchnahme von qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Böden bei bestimmten Infrastruktur- und Bauvorhaben weiter einzuschränken oder auszuschließen.

6. **Kriterien für die Verpachtung von BVVG-Flächen:** Wie will die SPD die Benachteiligung der Ökobetriebe bei den Zuschlagskriterien aufheben, unter der Berücksichtigung der höheren Gemeinwohlleistungen? Setzen Sie sich dafür ein, dass Öko-Betriebe in Sachsen bevorzugt Zugang zu Land bekommen?

Der Bund und die Länder haben im April 2024 neue Grundsätze für die Verkaufs- und Verpachtungstätigkeit der BVVG festgelegt. Die Flächen werden auf Grundlage eines Punkteverfahrens vergeben. Dabei werden Kriterien der Nachhaltigkeit, der Ökologie und Agrarstruktur in Verbindung mit dem finanziellen Gebot bewertet. Hierzu zählen Bewirtschaftungsweisen, welche die Biodiversität fördern, dem Klimaschutz dienen oder eine artgerechtere Tierhaltung umsetzen. Zudem werden Punkte für agrarstrukturelle Kriterien vergeben, etwa für Junglandwirtinnen und Junglandwirte, den Ökolandbau sowie Existenzgründerinnen und -gründer, damit sich ihre Chancen für eine Betriebsentwicklung verbessern. Als SPD erachten wir diese Privilegierungen als wichtig und aktuell ausreichend.

7. **Bürokratieabbau Teil 1:** Was halten Sie vom Konzept „Green by concept“? Stehen sie zur Befreiung von Umwelt-Verpflichtungen (GLÖZ 4-6) für Ökobetriebe, die diese Umweltwirkung schon übertreffen? Wann wird die Kontrolldichte im Freistaat reduziert (Symbiose von amtlichen und öffentlichen Kontrollen nutzen)?

Mit der neuen GAP werden Ökobetriebe über die Konditionalität, von der sie bisher bei den Greening-Auflagen ausgenommen waren, anderen Betrieben gleichgestellt. Im Sinne der Attraktivierung des Ökolandbaus und im Zuge der Entbürokratisierung der Landwirtschaft werden wir uns dafür einsetzen, hier mehr Augenmaß an den Tag zu legen und wieder zu einer leichteren Regelung

zurückzukehren. Bezüglich der Kontrolldichte von Ökobetrieben liegen uns derzeit keine Informationen zu rechtlich geplanten Änderungen vor. Wir begrüßen aber alle Maßnahmen, die zu einer Entbürokratisierung führen, wenn sie die hohen deutschen Verbraucherschutznormen nicht in Frage stellen.

8. **Bürokratieabbau Teil 2:** Werden sie sich dafür einsetzen, dass Bio-Betriebe grundsätzlich von der Verpflichtung zur gesamtbetrieblichen Stoffstrombilanzierung ausgenommen werden?

Die Frage, ob Bio-Betriebe von der Verpflichtung zur Stoffstrombilanzierung ausgenommen werden sollen, ist komplex und hängt von verschiedenen Faktoren ab. Es gilt abzuwägen, inwieweit die Vorteile der Stoffstrombilanzierung für Bio-Betriebe durch die damit verbundenen Kosten und den bürokratischen Aufwand aufgewogen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dies im Rahmen eines Antrages oder einer Anhörung im Landtag zu bewerten.

9. **Neue Gentechniken:** Wie stellen sie sicher, dass der Freistaat als Landesbehörde die Freiheiten zwischen Gentechnik-Erzeugnissen und GVO-frei gewährleistet? Setzen sie sich für die Klärung der Patentfrage ein, bevor eine Zulassung verhandelt wird?

Gentechnik im herkömmlichen Sinne lehnen wir ab. Den Einsatz neuer genomischer Techniken (CRISPR/Cas, Gen-Schere) werden wir weiter ergebnisoffen begleiten. Dabei haben für uns das Vorsorgeprinzip und damit einhergehend eine umfassende Risikoprüfung im Einzelfall vor jeder potenziellen Zulassung oberste Priorität. Die Sozialdemokraten haben sich im EU-Parlament erfolgreich für eine EU-weite Kennzeichnungspflicht für alle Produkte auf Basis der neuen Gentechnik eingesetzt. Wir wollen generell sicherstellen, dass sowohl Landwirte als auch Verbraucherinnen und Verbraucher ein Mindestmaß an Risikokontrolle, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von genveränderten Pflanzen wahrnehmen können und eine gentechnikfreie Landwirtschaft möglich bleibt. Bevor wir über konkrete Regelungen im Freistaat reden, müssen die Ergebnisse des Trilog-Prozesses auf EU-Ebene abgewartet werden, der noch aussteht und in dessen Rahmen auch die Patentfrage geklärt werden muss.

Es sind Koexistenzmaßnahmen notwendig, die gentechnikfreie Erzeugung ausreichend vor Verunreinigungen schützen. Sollten Patente kommen, muss verhindert werden, dass sich die Rechte an Pflanzen durch entsprechende Patente in der Hand weniger Großunternehmen konzentrieren und so der Zugriff für kleine und mittelständische Unternehmen behindert wird.

10. Schätzt die SPD plausibel und theoretisch die Koexistenz als machbar ein, wenn keine Risikoprüfung an Pflanzen und Kennzeichnung an Produkten vorgenommen wird?

Um eine tatsächliche Koexistenz zu ermöglichen, muss die Gesetzgebung sicherstellen, dass der gentechnikfreie Landbau weiterhin wissen und belegen kann, dass ausschließlich Saatgut verwendet

wird, welches ohne Gentechnik gezüchtet wurde. Eine praktische Umsetzung hierfür, insbesondere für den Ausschluss von Verunreinigungen, muss erst noch gefunden werden.